



Nueva Nicaragua *Informe*

19. Jahrgang

November 2022

Nr. 218

„Das brasilianische Volk ist der einzige und große Sieger“ *Wolfgang Herrmann, gestützt auf Informationen von teleSUR*

Am frühen Abend des 30. Oktober 2022 strömten Zehntausende auf die Avenida Paulista der brasilianischen Wirtschaftsmetropole São Paulo, um den Wahlsieg von Luiz Inácio Lula da Silva zu feiern.

Der Mann der Arbeiterpartei sagte in einer umjubelten Rede, dass es in dieser historischen Wahl nur einen einzigen und großen Sieger gibt: Das brasilianische Volk. Er versprach, Brasilien zu versöhnen. „Wir wollen Frieden... Wir wollen den traurigen Ruf als Staat der Rechtlosen loswerden und auf internationaler Bühne wieder glaubwürdig sein.“



Lula da Silva gewann die Stichwahl in Brasilien mit 50,9 Prozent gegen Jair Bolsonaro, der 49,1 Prozent erreichte. Die Brasilianische Demokratiebewegung und die Demokratische Arbeiterpartei unterstützten Lula. Glückwünsche von Repräsentanten aus aller Welt, darunter auch von Comandante Daniel Ortega und Rosario Murillo, erreichten den Wahlsieger.

Lula da Silva erhielt die Stimmen von über 60 Millionen Wählerinnen und Wählern. Er und seine Verbündeten setzten sich gegen das mächtige Bolsonaro-Lager durch. Dessen Anhänger kommen aus den ökonomischen Eliten, allen voran aus dem Agrarbusiness. Große Teile der Bevölkerung sind tief konservativ verwurzelt. Davon profitiert die evangelikale Kirche, zu der sich inzwischen mehr als 40 Prozent Brasilianerinnen und Brasilianer bekennen. Bei ihnen punktete Bolsonaro durch Ablehnung der Abtreibung und durch öffentliche Attacken auf die Rechte der LGBTIQ. Zustimmung erhielt Bolsonaro auch aus den Schichten mit höherem Einkommen. Bei Teilen der Mittelschicht zieht immer noch das Gespenst des Kommunismus, das gegen Lula und die PT beschworen wurde.

Seit Anfang Mai 2022 verstärkte Bolsonaro die Angriffe auf die demokratischen Institutionen, insbesondere auf den Obersten Gerichtshof. Er säte Zweifel am elektronischen Wahlverfahren und entfachte die Diskussion über mögliche Wahlfälschung. Damit wurde die Gefahr eines Putsches wieder omnipräsent. Große Teile des Militärs, der Sicherheitsdienste und Milizen unterstützten Bolsonaro. Sie profitierten von seiner Politik. 6.000 Militärs erhielten gutbezahlte Posten in der Regierung, mehr als zu Zeiten der Militärdiktatur. Zudem rühmte sich Bolsonaro damit, dass seine Regierung den Zugang zu Waffen erleichterte.

Die Einführung des Neoliberalismus durch Bolsonaro hinterließ eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe im Land. Die tödliche Corona-Politik, die schwere Wirtschaftskrise und die stark gestiegene Inflation haben die soziale Lage für große Teile der Bevölkerung drastisch verschlechtert. Die Inflation erreichte in diesem Jahr 11,9 Prozent, die höchste seit 2015. Laut Weltbank gehört Brasilien zu den zwölf Ländern der Welt mit der größten Ungleichheit. Über 61 Millionen Menschen hungern. Die Welternährungsorganisation stellte fest, dass Brasilien auf die „Hunger-Landkarte“ zurückgekehrt ist. Und dieses Land ist der drittgrößte Lebensmittelproduzent der Welt.

Internationalen Protest hat die wachsende Zerstörung des Regenwaldes erregt. Unter Bolsonaro wurden die Umweltbehörden finanziell ausgehungert, Kontrollen eingestellt und das illegale Goldschürfen systematisch begünstigt. Gewalt gegen Indigene, Ausbreitung von Covid-19 sowie weiteren

Krankheiten, Naturzerstörung und die Vergiftung der Flüsse durch Quecksilber sind die unmittelbaren Konsequenzen dieser Politik.

„Dieses Land wird wieder aufgebaut, da könnt ihr sicher sein“, erklärte Lula da Silva. Er will sich im Rahmen seines Regierungsplans für die Schaffung eines Sozialstaates einsetzen. Ab 1. Januar 2023 wird die Beseitigung des Hungers eine der Prioritäten seiner Regierung sein. Lula versprach, das Programm „Mein Haus, mein Leben“ wieder aufzunehmen. Seine Regierung werde nicht akzeptieren, dass Familien gezwungen sind, auf der Straße zu leben. Auch wolle er „ein Brasilien, das nicht zulässt, dass eine Pandemie fast 700.000 Menschen tötet“. Lula will die Richtlinien aus seiner früheren Amtszeit für den Zugang zu den Universitäten wieder aufnehmen.

Lula da Silva kündigte an, ein Ministerium für indigene Gemeinschaften zu schaffen. Seine Regierung will Rassismus, Intoleranz und Diskriminierung entgegentreten. Weiße, Schwarze und Ureinwohner sollen die gleichen Rechte und Chancen haben. Das Kulturministerium soll wiederbelebt werden. „Das Land soll Bücher haben und keine Waffen“, erklärte Lula.

Das angekündigte Regierungsprogramm wird zunächst nur ein Minimalprogramm sein, um die allernötigsten Lebensbedingungen in Brasilien wiederherzustellen. Die Landreform wird neu verhandelt. Mit dem „Manifest für Demokratie“ geht es den Lula-Kräften darum, die Demokratie gegen die Putschgefahr zu verteidigen.

Dass Lula da Silva Wahlversprechen hält, hat er in seiner Regierungszeit von 2003 bis 2011 bewiesen. Über 24 Millionen Menschen verließen damals die absolute Armut. 30 Millionen Brasilianerinnen und Brasilianer wurden vom Hunger befreit, 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosigkeit von etwa 12 auf 7 Prozent reduziert. 5 Millionen junger Menschen erhielten den Zugang zur Hochschulbildung. Wirtschaftswachstum stellte sich ein, zeitweilig erreichte es bis zu 8 Prozent. In der Außenpolitik wechselte Lula vom USA-fixierten Kurs auf eine konsequent auf brasilianische Interessen orientierende Linie.

In diesem Jahr wurde von den Eliten des westlichen Abendlandes so manches Ereignis zur „Zeitenwende“ deklariert. Der Wahlsieg Lula da Silvas kann tatsächlich eine einleiten. Der brasilianische Gewerkschaftsführer ist eine der herausragenden Persönlichkeiten Lateinamerikas und der Karibik. Er und Fidel Castro sind die Väter des Forums von Sao Paulo. Am 19. Juli 1980 trafen sich Lula da Silva und der legendäre kubanische Revolutionsführer zum ersten Mal. Sie waren Gäste der Feierlichkeiten anlässlich des

ersten Jahrestages des Sieges der Sandinistischen Volksrevolution. Der Befreiungstheologe Frei Betto vermittelte das Treffen. Diesen hatte Fidel Castro kennengelernt, als er 1971 Salvador Allende in Chile besuchte.

Zu Beginn des Jahres 1990 trafen sich Fidel Castro und Lula da Silva erneut auf Kuba. Dort lief die Spezialperiode, der Sozialismus in Europa befand sich im freien Fall und Lula hatte gerade die Wahl verloren. Die beiden Kämpfer schlussfolgerten, dass es notwendig sei, die Einheit der lateinamerikanischen Linken zu organisieren. Sie vereinbarten, eine Beratung der linken Parteien und Organisationen Lateinamerikas und der Karibik einzuberufen. Die Organisation übernahm Lulas Arbeiterpartei. 1991 entstand in Mexikostadt das Forum von Sao Paulo. Es entwickelte sich zu einer bedeutenden Einrichtung der lateinamerikanischen und karibischen Linken.

Der frisch gewählte Präsident versicherte: „Wir werden das Land wieder in seine internationale Position bringen. Wir sagen der Welt: Brasilien ist wieder da.“ Mit einer Regierung Lula da Silva kann Brasilien aufgrund der Bedeutung seiner Wirtschaft einen enormen Beitrag zur Integration Lateinamerikas und der Karibik leisten. Das Land ist flächenmäßig das fünftgrößte der Erde. Mit 215 Millionen Einwohnern nimmt es den siebten Platz in der Welt ein. Brasilien ist das größte Land Südamerikas. Das Land hat gemessen am BIP die achtstärkste Volkswirtschaft des Planeten. Landwirtschaft, Bergbau, Produktions- und Dienstleistungssektoren sind gut entwickelt. 40 Prozent der brasilianischen Agrarexporte gehen in die EU, 17 Prozent in die USA. Das Land besitzt wertvolle Rohstoffe: Bauxit, Diamanten, Eisen, Erdöl und Erdgas, Gold und Silber, Kohle, Mangan, Nickel, Zinn und Uran. Mächtige brasilianische Unternehmen sind in der Erdöl- und Erdgasförderung, im Bergbau, in der Metallverarbeitung, im Baugewerbe, in der Lebensmittelproduktion und im Flugzeugbau angesiedelt. Große Autokonzerne wie VW, Fiat, Daimler und BMW produzieren in Brasilien.

Lula da Silva betonte, dass Brasilien wieder die Rolle übernehmen werde, die es einmal als Mitbegründer regionaler und internationaler Bündnisse eingenommen habe. Die natürlichen Ressourcen Lateinamerikas und der Karibik sind derzeit von lebenswichtiger Bedeutung für die Menschheit. Öl, Gas, Lithium und Wasser aus der Region tragen dazu bei, den Bedarf der Weltbevölkerung zu decken. Die Agrar-Ressourcen Brasiliens reichen aus, um eine Milliarde Menschen zu ernähren.

Mit seiner Regierung will Brasilien für eine neue globale Regierbarkeit kämpfen. Aus diesen Ankündigungen sind ein größerer Schub für MerCoSur und die Rückkehr Brasiliens in die CELAC zu erwarten. Mit Lula da Silva ergibt

sich eine gute Möglichkeit, UNASUR weitere Impulse zu verleihen. Lula wäre ein wichtiger Anführer in der Puebla-Gruppe. Seine Stimme würde die Gruppe stärken und ihr größeres internationales Gewicht geben. Die nach Veränderungen drängenden Strömungen des Kontinents erwarten von ihm, dass er sich für die Einheit der Völker einsetzt. Der Präsident Argentiniens Alberto Fernández traf sich bereits mit Lula da Silva in Sao Paulo. Er erklärte, dass Lulas Amtseinführung als Präsident am 1. Januar 2023 dazu beitragen werde, „den Kontinent wieder zu vereinen“.

In seiner Wahlnightrede ging Lula da Silva auf die Bedeutung des Landes im Kampf gegen den Klimawandel ein. „Brasilien ist bereit, seine führende Rolle gegen die globale Klimakrise wieder aufzunehmen. Brasilien und der Planet brauchen einen lebendigen Amazonas... Wir werden erneut demonstrieren, dass es möglich ist, Reichtum zu gewinnen, ohne die Umwelt zu beschädigen. Wir haben eine Verpflichtung gegenüber den indigenen Völkern und den Ökosystemen.“

Aus globaler Sicht könnte Brasilien zur Stärkung der BRICS-Gruppe beitragen und damit die Entstehung einer multipolaren Welt befördern. Die Volksrepublik China hat die USA bereits als wichtigste Wirtschafts- und Handelspartnerin Brasiliens verdrängt. Der Planalto-Palast hatte sich den einseitigen Zwangsmaßnahmen gegen die Russische Föderation, mit der Brasilien wachsende Handelsbeziehungen unterhält, nicht angeschlossen. Brasilien importiert 85 Prozent der Düngemittel für seinen starken Agrar- und Lebensmittelsektor. Russland garantiert 25 Prozent dieser Importe. Senegal ist der BRICS-Gruppe beigetreten. Iran und Argentinien wollen das ebenfalls tun. Das beunruhigt Washington.

Mit einem linksregierten Brasilien würden die regionalen und internationalen Organisationen im Kampf für den Frieden und die Überwindung der geopolitischen Zwangsmaßnahmen der USA und der EU gestärkt. Gemeinschaften wie BRICS, CELAC, das Dakar-Forum, die Shanghai-Organisation und die Eurasische Wirtschaftsunion sind Kooperationsräume, die in der Lage sind, Hunger, Armut und Energienotstand erfolgreich zu bekämpfen.

Als dieser Beitrag geschrieben wurde, war noch nicht klar, wie sich Wahlverlierer Bolsonaro verhalten wird. Straßensperren durch Bolsonaro-Anhänger gab es bereits. Hoffen wir, dass Lula da Silva in den Planalto-Palast einzieht. Die neue Regierung wird nicht alle Erwartungen auf einmal erfüllen können. Ihr stehen die mächtige reaktionäre Elite des eigenen Landes und der imperiale Norden gegenüber. Das Bolsonaro-Lager hat die meisten Sitze im Parlament und viele der im ersten Wahlgang gewählten Gouverneure stammen aus diesem Lager. Bolsonaros Schatten wird also Brasilien weiter begleiten.

Lula und die Arbeiterpartei werden nicht vergessen haben, dass „Lawfare“ nicht nur gegen die ehemaligen lateinamerikanischen Präsidenten Manuel Zelaya, Fernando Lugo, Cristina Fernández, Rafael Correa und Evo Morales angewendet wurde, sondern auch für den Staatsstreich gegen Dilma Rousseff und für die Disqualifizierung Lulas als Präsidentschaftskandidaten verantwortlich war.

Das Lula-Bündnis scheint auf die Auseinandersetzung vorbereitet zu sein. Seinen Optimismus nährt es aus dem Verlangen eines großen Teils der Bevölkerung nach Erhalt der Demokratie und aus den Bündnissen mit starken Befürwortern einer multipolaren Welt.

China, schlage Nägel ein und ziehe den Plan durch!

Quelle: teleSur, Diario Barricada



Wie viele andere auch begrüßten die Regierung Nicaraguas und die FSLN den 20. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Sie betonten, dass die KP Chinas unter Führung von Präsident Xi Jinping „die Prinzipien, Ideale und Werte der Revolution verteidigte und stärkte“.

„Wir begrüßen die Arbeit des Parteitags in der Gewissheit, dass seine Beratungen und Vorschläge einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung sowohl seines eigenen Volkes als auch der unverzichtbaren Voraussetzungen für Frieden, Souveränität und Gerechtigkeit in der Welt leisten“, heißt es in der vom

Präsidenten Nicaraguas Comandante Daniel Ortega und Vizepräsidentin Rosario Murillo unterzeichneten Grußbotschaft.

Die Regierung Nicaragua und die FSLN gratulierten Präsident Xi Jinping zu seiner Wiederwahl als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas. „Wir gratulieren Ihrem Volk, der ruhmreichen Kommunistischen Partei Chinas, Ihnen und den Mitgliedern des Politbüros und des Zentralkomitees zu diesem wichtigen Moment und Ereignis auf Ihrem historischen Weg zum vollen Wohlergehen im Sozialismus chinesischer Prägung... Wir sind froh über unsere historischen, gegenwärtigen und zukünftigen Beziehungen zueinander... Sie tragen dazu bei, die Welt weiter zum Guten und Besten zu verändern, das die Menschheit verdient.“

Drei Millionen chinesische Impfstoffdosen

Quelle: *Diario Barricada*



Weitere zwei Millionen Sinopharm-Impfstoffdosen, die für das in Nicaragua entwickelte Impfprogramm gegen Covid-19 gespendet wurden, trafen aus der Volksrepublik China auf dem Internationalen Flughafen „Augusto C. Sandino“ ein. Die Spende wurde von Laureano Ortega Murillo, Berater für die Förderung von Investitionen, Handel und internationaler Zusammenarbeit; Chen Xi, Botschafter der Volksrepublik China in Nicaragua und Gesundheitsministerin Dr. Martha Reyes entgegengenommen.

Dank des Gesundheitsmodells der sandinistischen Regierung und des Covid-19-Impfprogramms erreichte Nicaragua den ersten Platz unter den zentralamerikanischen Ländern. Auf dem amerikanischen Kontinent belegt Nicaragua auf diesem Gebiet den fünften Rang.

Gesundheitsministerin Dr. Martha Reyes dankte der chinesischen Regierung. „Heute kamen zwei Millionen Impfstoffdosen als Spende der Volksrepublik China in Nicaragua an. Solidarität und Zusammenarbeit, mit einer tiefen humanistischen Vision, so arbeitet China für die Welt. Wir sind stolz darauf, dass wir, das Volk Chinas und das Volk Nicaraguas, Brüder sind.“

Der Botschafter der Volksrepublik China Chen Xi erklärte, dass die Volksrepublik nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen insgesamt drei Millionen Dosen spendete. „Zurzeit widmen wir uns der Bekämpfung der Pandemie, um die Gesundheit des chinesischen Volkes zu schützen. Die chinesische Regierung hat eine wichtige internationale Zusammenarbeit entwickelt. Bisher haben wir mehr als 120 Ländern und internationalen Organisationen eine Spende von 2,2 Milliarden Dosen chinesischer Impfstoffe angeboten, um die Pandemie zu bekämpfen.“

US-Sanktionen verletzen Menschenrechte

Quelle: teleSUR



„Es sind die nordamerikanischen Herrscher, die mit ihrer terroristischen Politik die Menschenrechte verletzen... Sie verletzen die Menschenrechte, denn sie vernichten Arbeitsplätze, sanktionieren Kuba und Venezuela, misshandeln die zentralamerikanischen Länder“, sagte der nicaraguanische Präsident Comandante Daniel Ortega in seiner Rede zum 43. Jahrestag des Innenministeriums. Und weiter:

„Die USA sind das Land, das die meisten Sanktionen verhängte und daher auch die größten Schäden, die größten Krisen in der Welt verursachte.“

Ortega erklärte, dass die Europäische Union (EU) sich selbst zerstört. „Sie verhängte Sanktionen, durch die sie jetzt selbst Probleme hat, ihren Energiebedarf zu decken. Indem sie die Russische Föderation zerstören wollte, hat sie die Katastrophe selbst verursacht. Es ist ihre Schuld... Die NATO ist in einem Krieg gegen Russland verwickelt... Die Europäer sind zu einem Instrument der US-Politik geworden.“

Das nicaraguanische Staatsoberhaupt bekräftigte, dass sich die kapitalistischen Mächte zusammengeschlossen haben, um einen Weg zu finden, Russland und China zu zerstören. „Sie kommen mit sehr klaren Zielen. Sie sehen, dass China gewachsen ist, dass es eine Macht geworden ist. Sie sehen, dass Russland weiterhin eine Macht sein will. Also wollen sie Russland und China ein Ende bereiten. Sie verfolgen eine hegemoniale Politik.“ Präsident Ortega wies darauf hin, dass es an der Zeit sei, diese Mentalität zu ändern. „Die Ära der Imperien wurde für immer begraben. Sie müssen sich darauf vorbereiten, in einer multipolaren Welt zu wirken.“

Der Präsident kritisierte die Äußerungen des Hohen Vertreters der EU für Auswärtige Angelegenheiten Josep Borrell, der sagte: „Während Europa ein Garten ist, sind die übrigen Länder ein Dschungel... Welche Respektlosigkeit gegenüber den Völkern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas, der Karibik! Er sagte nicht, dass dieser Garten, dieser Reichtum, den die EU hat, mit dem Blut von Millionen Menschen getränkt ist.“

Hurrikan Julia wütete über Nicaragua

Quelle: Diario Barricada



Die Kommission für die Bewertung der Schäden und Verluste durch den Hurrikan Julia legte den Abschlussbericht vor. Der Minister für Finanzen und öffentliche Kredite Iván Acosta berichtete, dass der Hurrikan in 96 Gemeinden des Landes Schäden hinterließ. Die größten Auswirkungen hatte er in

El Rama, Laguna de Perlas, Kukra Hill, Bluefields, El Tortuguero, im Mündungsdelta des Río Grande, Juigalpa, Teustepe und in den Distrikten 5, 6 und 7 in Managua.

Die vorläufig zusammengefassten Schäden und Verluste belaufen sich auf 402,6 Millionen US-Dollar oder 14,5 Milliarden Cordoba. Das sind 2,6 Prozent des BIP. Eine große Verlustkonzentration liegt im sozialen Sektor mit fast 2,6 Milliarden Cordoba. In der Landwirtschaft belaufen sich die Schäden auf 1,8 Milliarden Cordoba. In der Infrastruktur kommt der größte Umfang von Schäden aus dem öffentlichen Sektor, insgesamt in Höhe von über 9,6 Milliarden Cordoba.

Inzwischen gewährte die Zentralamerikanische Bank für Wirtschaftsintegration (BCIE) eine Notfallhilfe in Höhe von einer halben Million US-Dollar, um Nicaragua in der Erholungsphase nach dem Durchzug des Hurrikans Julia zu unterstützen. Der Präsident der Bank Dante Mossi versicherte, dass die Bank das Land nicht allein lassen werde.

Laureano Ortega, Berater des Präsidenten für die Förderung von Investitionen, Handel und internationaler Zusammenarbeit, dankte für die Unterstützung nach dem Durchzug des Hurrikans Julia.

Mossi berichtete, dass während des Treffens mit Vertretern der Regierung Nicaraguas die Frage des Hafens von Bluefields priorisiert wurde. Laureano Ortega versicherte, dass das Projekt des Hafens von Bluefields mit der Unterstützung der BCIE verwirklicht wird.

Der Hurrikan Julia traf in den ersten Stunden des 9. Oktober 2022 auf die Karibikküste Nicaraguas und richtete große Sachschäden an. Es wurden jedoch keine Todesopfer registriert. Julia erreichte die nicaraguanische Küste in der Kategorie 1 auf der Saffir-Simpson-Skala. Der Hurrikan riss Dächer von Häusern, fällte Bäume, zerstörte Stromleitungen. Vor allem die Gebiete an der Küste waren ohne Strom. Außerdem verursachten die sintflutartigen Regenfälle laut lokalen Presseberichten in einigen Gebieten Überschwemmungen. Die Kommunikation zwischen der Karibikküste und dem übrigen Nicaragua war zeitweilig unterbrochen.

In den Gemeinden wurden mehr als 9.000 Familien evakuiert. Sie sind bereits wieder zurückgekehrt. Die Stromversorgung wurde wieder hergestellt und die Schäden an den Übertragungs- und Verteilungsleitungen beseitigt. Es besteht aber weiterhin die Gefahr von Erdbeben.

Laut dem National Hurricane Center der Vereinigten Staaten in Miami und Satellitenbildern im Morgengrauen dieses Sonntags bewegte sich der Hurrikan über die bewaldeten Gebiete der Karibikküste Nicaraguas. Die Hurrikan-Stärke erreichte bis zu 185 km/h. Hurrikan Julia verließ das Land am gleichen Tag in Richtung Pazifischer Ozean, wo er wieder an Stärke zunahm.

Eine LKW-Karawane mit Hilfsgütern brach nach El Rama auf, um den vom Hurrikan Julia betroffenen Familien zu helfen. Dr. Guillermo González, Direktor von SINAPRED, wies darauf hin, dass El Rama ein vom Hurrikan Julia stark betroffener Ort war... „Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass es nicht nur die Stürme waren. Hier gab es eine starke Flut, die praktisch fast 80 Prozent der Wohnungen unter Wasser setzte.“

González betonte, dass sich die Familien der Stadt El Rama auf die Situation vorbereitet hatten und hob die Arbeit von COMUPRED hervor. „Letzte Woche waren wir dort und haben die Hochwasserstände gesehen. Wir schickten ein Team von Technikern, um die entsprechenden Bewertungen vorzunehmen und unser Überwachungs- und Frühwarnsystem weiter zu entwickeln“, fügte der Direktor von SINAPRED hinzu.



In der letzten Woche erhielten 6.000 Familien Lebensmittel, Hängematten und Zinkbleche. Außerdem wurden die Brigaden für die Wiederherstellung der Telefonverbindung und Energieversorgung mobilisiert. Der Betrieb für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung reinigte die Brunnen und Toilettenanlagen. Das Gesundheitsministerium stellte Medikamente zur Vorbeugung von Leptospirose und Dengue-Fieber zur Verfügung.

Nicaragua erhielt Unterstützung durch das Welternährungsprogramm. Der Vertreter in Nicaragua, Georgia Testolín, berichtet, dass „45 Tonnen Lebensmittel für die Familien in El Rama ausgegeben wurden“.

Ausländische Direktinvestitionen in Nicaragua

Quelle: *Diario Barricada*

Die Zentralbank Nicaraguas veröffentlichte den Bericht über die Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen (FDI) im Land in der ersten Hälfte des Jahres 2022. Die FDI setzten den im letzten Jahr beobachteten Erholungstrend in Übereinstimmung mit der Leistung der nationalen Wirtschaft und der Entwicklung des internationalen Waren- und Dienstleistungshandels fort.

Die registrierten Bruttoeinnahmen aus ausländischen Direktinvestitionen beliefen sich in der ersten Hälfte des Jahres 2022 auf über eine Milliarde US-Dollar. Das entspricht 13,9 Prozent des BIP und liegt 23,4 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf höhere registrierte Erträge aus FDI-Investitionen und Darlehensauszahlungen von gebundenen gebietsfremden Unternehmen zurückzuführen. Die Netto-FDI-Ströme beliefen sich auf 812,4 Millionen US-Dollar. Das bedeutet einen Anstieg von 12,9 Prozent im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Vorjahr.

In der ersten Hälfte des Jahres 2022 war die Hauptkomponente des Nettozuflusses ausländischer Direktinvestitionen die Reinvestition von Gewinnen mit einem Betrag von 579,0 Millionen US-Dollar, der um 317,1 Millionen höher war als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dieser Anstieg erklärt sich zum Teil durch die Erholung der Wirtschaftstätigkeit in allen Sektoren der Volkswirtschaft.

In der ersten Hälfte des Jahres 2022 registrierte die Industrie 259,6 Millionen und die Kommunikation 36,7 Millionen US-Dollar ausländische Investitionen. Die Fischerei registrierte 32,8 Millionen und der Tourismus 4,0 Millionen US-Dollar. Was die Herkunft der Netto-FDI-Ströme anbelangt, flossen 289,0 Millionen US-Dollar aus den USA, was 35,6 Prozent der gesamten erhaltenen Netto-Flüsse entspricht. An zweiter Stelle stand Kanada mit 129,7 Millionen US-Dollar (16,0 Prozent der Gesamtsumme), gefolgt von Panama mit 123,8 Millionen US-Dollar (15,2 Prozent der Gesamtsumme), Mexiko mit 116,1 Millionen US-Dollar (14,3 Prozent der Gesamtsumme) und Spanien mit 57,4 Millionen US-Dollar (7,1 Prozent der Gesamtsumme).

Das Ergebnis der FDI-Ströme in der ersten Hälfte des Jahres 2022 war ähnlich wie in den übrigen Ländern Zentralamerikas, die im Jahresvergleich ein Wachstum von durchschnittlich 6,2 Prozent verzeichneten.

ALBA–TCP will die Handelsintegration stärken

Quelle: *Diario Barricada*



Das XI. Treffen des Wirtschaftskordinierungsrates der Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerikas – Volkshandelsvertrag (ALBA-TCP) Anfang Oktober 2022 vereinbarte, den Produktionssektor zu fördern sowie die Handelsintegration zwischen den Ländern der Allianz zu stärken.

Während des Treffens in der bolivianischen Stadt Sucre analysierte Exekutivsekretär der Allianz Sacha Llorenti die internationale Wirtschaftslage und schlug konkrete Koordinierungsmaßnahmen zur Bewältigung der Lage vor. Llorenti ging auf die bedeutenden Fortschritte der bolivianischen Regierung wie die Verringerung von Armut und Ungleichheit ein. Er wies darauf hin, dass das bolivianische Wirtschaftsmodell ausgezeichnet funktioniert.

Der Minister für Wirtschaft und öffentliche Finanzen Boliviens Marcelo Montenegro erklärte: „Wir müssen die unterstützenden und ergänzenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten des Bündnisses anregen und stärken, indem wir die Bemühungen konzentrieren, die zu ihrer Sozialpolitik auf der Grundlage der bestehenden Wirtschaftsmechanismen beitragen. Wir müssen die Prinzipien der Ergänzung, Zusammenarbeit und Selbstbestimmung festigen.“

Das Adelante-Programm gewährt faire Kredite

Quelle: *Diario Barricada*



Das Adelante-Programm gewährte den Gründern kleiner Wirtschaften von Managua faire Kredite in Höhe von 575.000 Córdobas. Die drei Männer und 3 Frauen sind Näherinnen, Friseure, Gastwirte, Viehhalter und Händlerinnen. In der vierten Tranche des Adelante-Programms wurden 1,6 Millionen Córdoba an Akteure aus verschiedenen Bereichen bereitgestellt. Sie werden die Wirtschaft des Landes und insbesondere die der Familien stärken.

Leonel Rivera, Vertreter des MEFCCA in Managua, betonte: „Das Ministerium für Familienwirtschaft reicht in Abstimmung mit dem Ministerium für Finanzen und öffentliche Kredite weiterhin diese fairen und solidarischen Kredite aus, damit die Unternehmen des Departements Managua gestärkt werden können“.

Das Adelante-Programm wird auch 2023 weitergeführt. Die Geförderten dankten der Regierung Nicaraguas für diese Finanzierung, mit der sie die Wirtschaft Nicaraguas und die ihrer Familien verbessern können.

Wettbewerb der besten Lehrerinnen und Lehrer

Von Oscar Gutiérrez, *Diario Barricada*



27 Sekundarschullehrerinnen und –lehrer aus Managua nahmen an dem Abteilungswettbewerb teil, bei dem die innovativste pädagogische Praxis gesucht wird, die für Schülerinnen und Schüler im Klassenzimmer angewendet werden soll. Dieser vom Bildungsministerium geförderte Wettbewerb ist Teil des Prozesses, bei dem die besten Grundschul- und Sekundarschullehrerinnen und –lehrer in Nicaragua gesucht werden. Die Parameter, die die Jury bewertet, sind ein mündlicher Vortrag, der Lebenslauf und der Abschluss der schriftlichen Arbeit.

Junieth Rodríguez, pädagogische Beraterin der Abteilung, erklärte, dass die Lehrer ein Wettbewerbsverfahren des Bildungszentrums durchliefen, um auf die nationale Ebene aufzusteigen. „Wir haben hart gearbeitet. Die Lehrerinnen und Lehrer sind begeistert. Sie bereiten sich in allen Fächern wie Mathematik, Sozialwissenschaften, Sprache und Literatur vor.“

María Loaisiga, Lehrerin an der Luxemburg-Schule, betonte, dass es das Ziel der sandinistischen Regierung sei, ein Instrument für Lehrer zu finden, um ihre pädagogischen Prozesse zu verbessern, wobei Kreativität und Innovation grundlegende Elemente seien.

Nachhaltiger und alternativer Tourismus

Von Mercedes Estrada, *Diario Barricada*



In Anwesenheit von Akteuren aus den 15 Departements und den beiden karibischen Regionen Nicaraguas fand nach zwei Jahren Covid-19-Pandemie der nationale Kongress für nachhaltigen und alternativen Tourismus statt. Der Kongress fand im Rahmen des Welttourismustages statt, dessen Ziel es in diesem Jahr war, die Branche neu zu beleben. Menschen und der Planet sollen die Hauptakteure sein.

Anasha Campbell, Co-Direktorin des Nicaraguanischen Instituts für Tourismus, sagte: „Im besonderen Fall von Nicaragua befinden wir uns in einer Erholung gegenüber den Zahlen von 2019. Im Vergleich zum letzten Jahr haben wir ein Wachstum von 271 Prozent. Unser Ziel ist es jedoch, die Vorpandemiezahlen zu erreichen... Wir konzentrieren uns darauf, mehr internationalen Tourismus anzuziehen. Uns ist bewusst, dass es im globalen Kontext Auswirkungen auf unsere Aktivitäten gibt. Also arbeiten wir an Strategien, um diese Auswirkungen abzuschwächen. Wir arbeiten mit dem öffentlichen Sektor Hand in Hand... Nicaragua hat einen großen Naturreichtum mit sieben Prozent der weltweiten Biodiversität... Wir haben hervorragende Straßenbedingungen. Unsere touristischen Gäste können unser Land der Seen und Vulkane in Ruhe und Frieden erkunden.“

Warum gefährdet ein Überfall die Demokratie?

Quelle: Diario Barricada

Ein Sonderkomitee des USA-Kongresses untersuchte den Überfall auf das Capitol vom 6. Januar 2021. Es stellte fest, dass Ex-Präsident Donald Trump und seine Berater „einen schwerwiegenden Akt der Stärke“ unternahmen, um Desinformationen zu verbreiten und das Justizministerium zu zwingen, die Falschaussagen des ehemaligen Präsidenten zu akzeptieren.

Warum akzeptiert das Weiße Haus nicht, dass Trump an der Spitze der USA-Regierung auch „einen schwerwiegenden Akt der Stärke“ unternahm, um Desinformationen gegen die verfassungsmäßige Regierung Nicaraguas zu verbreiten und in diese Kampagne seine Partneragenturen der Menschenrechte, die OAS, Medien, Denkfabriken sowie weitere Institutionen und Kommissionen einzubeziehen?



*Das Capitol in Washington
Foto: Prensa Latina, 1. März 2021*



*Das Universitätszentrum von Managua
Foto: teleSUR, April 2018*

Präsident Joe Biden beklagte, dass solche „Akte der Gewalt“, wie der Überfall auf das Capitol, eine Gefahr für die Demokratie der USA sind.

Warum ist dann der Überfall der USA auf Nicaragua mit ihren Sanktionen und Wirtschaftsblockaden nicht auch ein Angriff auf den Frieden, die Stabilität, die Entwicklung und die Demokratie Nicaraguas?

Das Sonderkomitee schlussfolgerte, dass der Überfall auf das Capitol, der nur einige Stunden andauerte, ein gescheiterter Putsch gewesen sei.

Warum bezeichnete dann die Regierung der USA die bewaffnete und faschistische Barbarei in Nicaragua, die 2018 drei Monate andauerte, zynisch als „zivile Demonstration“, die sie auch noch großzügig finanzierte?

Heute sagt der Präsident der USA, dass es gegen den Angriff auf die Demokratie nur die gemeinsame Stimme und die koordinierte Aktion des Kongresses, der Polizei, der Sicherheitsorgane, der Justiz und der Regierung geben

kann, um die Wahlergebnisse und die Rechtmäßigkeit des Wahlkollegiums und somit des demokratischen Systems der USA zu verteidigen.

Warum wirft man dann Nicaragua vor, „keine Gewaltenteilung zu haben“, wenn es die Gesetzesordnung der Republik erfüllt, um die Demokratie, die Rechtmäßigkeit des Obersten Wahlrates und die Verfassung zu verteidigen?

Mister Biden sagte: „Es ist wichtig, dass die Bevölkerung der USA versteht, was am 6. Januar (2021) geschah... Die gleichen Kräfte wollen ihre Aktionen heute weiterführen...“

Warum versteht dann Mister Biden nicht, was in Nicaragua geschah? Millionen US-Dollar der Bevölkerung der USA verschwendete man beim gescheiterten Staatsstreich. Die gleichen Kräfte, die 2018 Nicaragua bluten ließen, fordern heute den Ausschluss Nicaraguas aus dem Freihandelsvertrag.

Weiter sagte der US-Präsident: „Der Überfall vom 6. Januar ist eins der dunkelsten Kapitel in der Geschichte unserer Nation; ein brutaler Überfall auf unsere Demokratie, auf unsere Ordnungskräfte, mit einigen Todesopfern...“

Warum wollen dann die USA, dass die Regierung und die Bevölkerung Nicaraguas, besonders aber die Familien der Opfer, die von den Putschisten 2018 verübten Grausamkeiten als eins der leuchtenden Kapitel in der Geschichte des Landes glorifizieren? Faschisten begingen Verbrechen an der Zivilbevölkerung, wie Nicaragua sie seit dem Abzug der Spanier und Engländer sowie der Vertreibung der Somoza-Diktatur nicht mehr erlebt hat?

Mister Bennie Thompson, Chef des Sonderkomitees, versicherte fortgesetzt: „Der 6. Januar 2021 war der Höhepunkt eines Putschversuches... Donald Trump stand im Mittelpunkt dieser Verschwörung.“

Warum sollen dann die Bevölkerung und die Regierung Nicaraguas sagen, dass die Schuldigen für die Todesopfer in Nicaragua Engel waren?

Heute gehen alle verfassungsmäßigen Machtorgane der USA gegen den Staatsstreich vom 6. Januar 2021 vor. Wäre es nicht gerechtfertigt, wenn die Medien, die OAS, Menschenrechtsorganisationen auf jeder „ehrenwerten“ Tribüne, in jeder Information den Vereinigten Staaten die Etiketten der „Diktatur“, der „Verletzung der Demokratie“ und der „Verfolgung von Verteidigern der Freiheit“ anheften würden? Wäre es nicht gerechtfertigt, wenn man ihnen vorwerfen würde, „politische Gefangene“ zu haben, die eigentlich „Patrioten“ sind, weil sie das Capitol einnehmen wollten?

Im Eifer des Gefechts, entlarvten sich die „Demokraten“ der nicaraguanschen Zivilgesellschaft. Sie überschritten die Gesetzesnormen der Republik

und forderten den Rücktritt der Regierung. Danach bereiteten sie eine „Zivilallianz“ vor und ein Sektor der Katholischen Hierarchie stellte die „Genehmigung“ für den Putsch unter dem geheimnisvollen Namen „Fahrplan“ aus.

„Der 6. Januar 2021 ist nicht Vergangenheit, er ist jeden Tag präsent“, schrieb die *The New York Times* am 5. Januar 2022. „Er lebt in Donald Trump weiter, der mit seinen zügellosen Lügen und grenzenlosen Grollen ständig das Feuer der Konflikte schürt. Er bietet damit ein Bild, das die Realität einer der politischen Hauptparteien der Nation verzerrt.“

Merkwürdig ist, dass diese zügellosen Lügen und dieses grenzenlose Grollen, die das Bild der Realität der früheren Regierung verzerren, heute von Präsident Joe Biden gegen Nicaragua verwendet werden.

Was die *The New York Times* über die USA schrieb, kann auch für Nicaragua gelten: „In wenigen Worten gesagt, drohte den USA eine existenzielle Gefahr seitens einer Bewegung, die offen die Demokratie verschmähte und die ihre Bereitschaft demonstrierte, Gewalt anzuwenden, um ihre Ziele zu verfolgen. Keine selbständige Gesellschaft kann eine Bedrohung überleben, wenn sie diese negiert. Das Überleben hängt davon ab, auf die Vergangenheit und die Zukunft gleichzeitig zu schauen... Der Wahrheit der Bedrohung, ins Auge zu sehen, bedeutete, den Terror dieses Tages vor einem Jahr vollinhaltlich zu verstehen.“ Einen besseren Rat konnte die Zeitung nicht geben. Nicaragua handelte so. Die Bedrohung der Demokratie und der Verfassungsordnung zu entlarven, heißt auch, den Terror der drei Monate vor vier Jahren vollinhaltlich zu verstehen.

Präsident Biden und die Kongressabgeordneten mit demokratischen Werten müssten eigentlich mit dem Erbe Trumps brechen und den Weg des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den USA und Nicaragua beschreiten. Sie müssten Beziehungen der Eintracht und des Verständnisses zwischen zwei souveränen Staaten herstellen und nicht die Monroe-Doktrin samt Abbild Roosevelt und die Knebelpolitik gegen den Geknebelten weiterbetreiben. Es müssten Beziehungen der Freundschaft und nicht des Metropolitens gegen den Untergeordneten, zwischen dem Vaterland George Washingtons und dem Vaterland Augusto César Sandinos sein.

Zusammenfassend geht es darum, von der törichten Monroe-Doktrin zum Frieden und zur beiderseitigen Achtung zwischen den USA und Lateinamerika und der Karibik überzugehen. Neil Armstrong sagte in der Einsamkeit des Mondes einen Satz, der auch Sinn auf der Erde macht: „Ein kleiner Schritt für einen Menschen, aber ein großer Sprung für die Menschheit.“

Inhalt:

„Das brasilianische Volk ist der einzige und große Sieger“	1
China, schlage Nägel ein und ziehe den Plan durch!	6
Drei Millionen chinesische Impfstoffdosen	7
US-Sanktionen verletzen Menschenrechte	8
Hurrikan Julia wütete über Nicaragua	9
Ausländische Direktinvestitionen in Nicaragua	12
ALBA–TCP will die Handelsintegration stärken	13
Das Adelante-Programm gewährt faire Kredite	14
Wettbewerb der besten Lehrerinnen und Lehrer	15
Nachhaltiger und alternativer Tourismus	16
Warum gefährdet ein Überfall die Demokratie?	17

Redaktionsschluss: 31. Oktober 2022

Übersetzung der spanischen Texte: Wolfgang Herrmann

Nueva Nicaragua Informe (NNI) vermittelt seinen Freundinnen und Freunden Wissen über die Entwicklung Nicaraguas und der lateinamerikanischen Region sowie über die Solidaritätsarbeit mit Nicaragua und dieser Region. *NNI* bezieht sich dabei auf die Analyse aktueller und historischer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse und Ereignisse in Nicaragua und in dieser Region, verallgemeinert und verbreitet sie. *NNI* unterstützt alle der Völkerverständigung und dem Frieden dienenden Bestrebungen.

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P.)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de